

# Nachdenken über die Zukunft Europas

ULRIKE GUÉROT, TIM KAPPELT

Seit 2008 befindet sich Europa im Dauerkrisenmodus: Finanzkrise, Bankenkrise, Wirtschaftskrise, Euro-Schuldenkrise alias Griechenlandkrise. Ein Rettungsschirm für Griechenland mitsamt Austeritätspolitik und Entmündigung des griechischen Willens nach einem „Oxi“ schien die einzig realisierbare Lösung zu sein. Eine Fiskalunion für den gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsraum hingegen war aufgrund nationaler Widerstände nicht denkbar. Obgleich das Lippenbekenntnis der Verantwortlichen zu „mehr EUropa, nicht weniger!“ selbstverständlich nicht fehlen durfte.

Doch spätestens mit der Flüchtlingskrise war das Maß voll, auch für diesen Slogan. Binnen weniger Wochen wurden nationale Grenzen innerhalb Europas wieder sichtbar. Eine erschütternde Lektion aus dem Sommer 2015 für die Europäische Idee. Im Dauerkrisenmodus zählen nunmehr nationale Lösungen statt europäischer Antworten. Dabei wird hier spätestens ersichtlich, woran die Europäische Union krankt und folglich in die nächste Krise taumelte: die Demokratiekrise.

Denn nicht nur befinden sich europaweit Rechtspopulisten und Nationalisten im Aufwind, das Vertrauen in die Institutionen ist bereits seit den Verträgen von Lissabon und der politischen Selbstbeschäftigung gleichermaßen geschwunden. Zugleich wird die Presse diffamiert und auf der Straße als „Lügenpresse“ gescholten. Anstatt des dauerhaften Krisenmanagements wäre die Zeit reif gewesen, sich der Grundsatzfrage nach den Ursachen zu stellen, um den europäischen Kompass neu einzunorden.

Doch dazu blieb nicht die Zeit. Es war kein Jahr vergangen, da gab es ein buchstäblich böses Erwachen, als der „Brexit“ am Morgen nach dem Referendum feststand. Das Auseinanderbrechen der EU bestimmt seitdem die Schlagzeilen und wiederholt sich zu passenden Anlässen, wie bspw. der US-Wahl von Trump oder dem Stechen um die Hofburg zwischen dem Europa-freundlichen Grünen Alexander van der Bellen und seinem nationalistischen Gegenkandidaten Norbert Hofer. Und jetzt stecken wir bereits mitten im Superwahljahr. Ein Sieg des Rechtspopulisten Geert Wilders konnte bei den Wahlen in den Niederlanden abgewendet werden. Zeitgleich dazu formiert sich seit März mit dem „Pulse of Europe“ eine pro-europäische Bewegung in zahlreichen europäischen Städten. Doch dies darf nicht über die akute Situation der EU hinwegtäuschen. Falls in Frankreich Marine Le Pen zur Präsidentin gewählt wird, was hoffentlich nicht eintritt, dann bedeutet dies das Ende der EU in ihrer jetzigen Form.

Während darüber gesprochen wird, wie nun die Europäische Union mit einem neuen Anstrich in zwei Geschwindigkeitsstufen versehen werden soll, wird lediglich der zerkratzte Lack ausgebessert, der stotternde Motor hingegen wird nicht beachtet. Wer nicht die inhärenten Dysfunktionen der Europäischen Union erkennen möchte und nicht den Mut besitzt, diese zu benennen, der wird sicherlich nicht deren Krise lösen können.

Schließlich treffen hier zwei Faktoren zusammen, die konkrete Auswirkungen auf die europäischen Bürger und Arbeitnehmer haben: Zum einen das institutionelle Demokratiedefizit und zum anderen die Wirkmächtigkeit scheinbarer nationaler Interessen in einem gemeinsamen

Wirtschaftsraum. Ganz ähnlich funktioniert das Ausspielen auf der nationalen Ebene bei den Themen Arbeitnehmerschutz sowie Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten wie auch mit Blick auf die europäische Unternehmensführung, die unter dem Deckmantel von Wettbewerbsfähigkeit die Interessen von Staaten und Bürgern ausspielen kann. Dabei war die Einführung der „Societas Europaea“ (SE) eine begrüßenswerte und logische Konsequenz aus der voranschreitenden Europäisierung. Jedoch hat man mit der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums nur einen Schritt getätigt, ohne den zweiten Schritt zu gehen und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenfalls auf gemeinsame Mindeststandards zu setzen oder gar zu europäisieren. Damit wäre man der Idee von Europäischen Gesellschaften (SE) näher gekommen als mit der jetzigen Rechtsform für Aktiengesellschaften.

Gehen wir also mal einen Schritt zurück und wagen selbst eine Ausrichtung anhand der gegenwärtigen Situation. Dann lassen sich drei allgemeine Felder ausfindig machen, die für den Erhalt des europäischen Projekts von höchster Bedeutung sind: (1.) Das Europäische Parlament durch einen Akt der politischen Wahlgleichheit zu stärken, der sich nicht mehr an nationalen Listen orientiert. (2.) Gleiche Besteuerung im Wirtschaftsraum, um einem „Race to the bottom“ einen Riegel vorzuschieben und nationale Interessen über europäische zu stellen. (3.) Die Schaffung einer europäischen Sozialunion, die mit ihrem Zugang zu sozialer Versorgung allen EU-Bürgern gleichermaßen zur Verfügung steht, egal wo sie aufgrund der Arbeitsmarktlage gerade einzahlen.

Die Initiative „Social Rights First“ des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist eine wichtige Forderung, die auch als Forderung in die nationalen Wahlkämpfe einfließen muss. Konsequenterweise müssten der Forderung nach „Social Rights“ die Forderung nach Wahlrechtsgleichheit für die Europawahlen 2019 folgen sowie bei einer Stärkung des Europaparlamentes auch die Angleichung von Besteuerung. Letztlich ist dieser Dreischritt die notwendige Überlegung zur zukünftigen Ausgestaltung Europas sowie der europäischen Gewerkschaftsarbeit gleichermaßen. ■

ULRIKE GUÉROT ist Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Regionalismus, Populismus und die Demokratiedefizite in Europa. Zudem ist Ulrike Guérot Direktorin des European Democracy Labs in Berlin.

@ulrike.guerot@donau-uni.ac.at

TIM KAPPELT ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department für Europapolitik und Demokratieforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Rolle der europäischen Regionen und die Bedeutung von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

@tim.kappelt@donau-uni.ac.at